

chen bei den Vernehmungen im Untersuchungsausschuß. Der unter mysteriösen Umständen erfolgte Tod Barschels und die zeitweise naheliegenden, aber vor allem in der Springerpresse bewußt ventilierten Vermutungen über eine Affäre neben und hinter der Affäre konnten noch einige Zeit von Barschels eigenem Anteil ablenken, aber diese selbst nicht länger verschleiern.

Aber so klar die Sachverhalte, die die Verstrickungen Uwe Barschels beweisen, zutage liegen, so schwierig ist deren *politische* Deutung, wobei dies weniger an den Sachverhalten liegt als an denen, die sie deuten. Angesichts der Unglaublichkeit des Geschehenen liegt die Neigung nahe, in den Kieler Vorgängen ein generelles Verhaltenssymptom der „politischen Klasse“ zu sehen. Und weltkluge Sätze, wie die des *Franz Josef Strauß*, wenn alle, denen man Vergleichbares vorwerfen kann, die Parlamente verlassen müßten, gäbe es dort vermutlich keine beschlußfähigen Mehrheiten mehr, stützen natürlich solche Sichtweisen.

Gewiß muß Barschels Verhalten und das, was sein angeworbener Mitarbeiter *Pfeiffer* mit ihm an Diffamierung des politischen Gegners inszenierte, im politischen Tageskampf so einmalig gar nicht sein, wie es aussieht. Will man aber künftig ähnlichen Schaden möglichst schon im Ansatz vermeiden, darf man nicht nur, sondern muß man die Kieler Affäre wohl *vor allem* von der Person Barschel und seiner Umgebung her sehen. Ein noch junger Ministerpräsident, früh zu Ehren und zu politischer Macht gekommen, lebt in der Vorstellung, er habe das Zeug und die Möglichkeiten, jüngster Kanzler der Republik zu werden. Bei den ersten Anzeichen möglichen Machtverlusts, die seine Position in Frage stellen und den weiteren Weg gefährden, vergreift er sich nicht nur in den Mitteln, sondern ordnet alle Taktik seiner Vorstellung von Machterhaltung unter. Dabei entwickelt er beträchtlich viel kriminelle Energie. Aber seine Sicht der Ziele macht ihn nicht nur kriminell, sondern läßt ihn wie besessen von der einen Seltsamkeit in die andere stolpern.

Man möchte Talleyrand abwandeln: Verbrecherisch gewiß, aber auch noch dumm und vermutlich unabhängig von der Frage, ob Tranquilizer, über längere Zeit eingenommen, zur Enttölpelung beigetragen haben, sehr krankhaft. Schon die nicht mehr einfühlbare *Fixierung auf den persönlichen politischen Gegner*, erst recht der Einsatz der Personen und Mittel, mußte sich jenseits aller moralischen Überlegungen allein schon im Sinne des reinen Kosten-Nutzen-Kalküls gegen ihn und seine Partei richten, selbst wenn die wahren Vorgänge über den Wahltermin hinweg zunächst verborgen geblieben wären. Aber mit *Verantwortung drapierter Machtwahn* beseitigte im Fall Barschel nicht nur moralische Hemmungen, sondern setzte auch alle Vernunft außer Kraft. Und da die Hauptsache mit der Einstellung Pfeiffers und der Versuch der Steuerhinterziehungsverdächtigung schon vor Barschels schwerer Verletzung bei dessen Flugzeugabsturz begonnen hatte, läßt sich, was dann später geschah, auch nicht als Persönlichkeitsveränderung infolge der erlittenen Verletzungen erklären. Dennoch konnten dem Entlarvten auch irdische Richter mildernde Umstände zubilligen: wegen auch schon unabhängig von der Medikamenteneinnahme eingeschränkter Zurechnungsfähigkeit. Alle Vernunft wurde auf politisch wahnhaftige Bahnen gelenkt, die selbstinszenierte Vertuschung des Selbstmords war da nur konsequent, wie schon das unverständliche Vertrauen in Pfeiffer und das miserable Ehrenwort.

Politischer Alltag? Nein, das Gegenteil. Aber *Persönlichkeitsstrukturen*, die es nicht alltäglich, aber nicht selten anderswo auch gibt, die sich aber gerade im politischen Betrieb gefährlich leicht „entfalten“ können. Politiker leben vom Applaus; dieser vernebelt nicht nur allzuleicht die Sicht der Umwelt, sondern auch die der eigenen Innenwelt. Je jünger und ausschließlicher jemand der Politik lebt, um so größer ist die Gefahr, die Maßstäbe zu verlieren. Und die *Sonderstellung*, die das Amt gewährt, der Druck, der nicht nur subalternen, sondern überhaupt Mitarbeitern ge-

genüber eingesetzt werden kann, verhindert zusätzlich nötige und an sich mögliche Korrekturen. Zwei Postulate drängen sich deshalb gebieterisch auf: Mehr Sorgfalt in den Parteien bei der Auswahl politischen Personals: Jugend ist kein politisches Qualitätszeichen, früh fixierter Ehrgeiz noch weniger; und mehr Zivilcourage nicht nur unter Parlamentariern, die die Regierung zu kontrollieren haben, sondern auch in den Stäben der hohen Beamtschaft und der persönlichen Berater. Offenbar bewirkt selbst (oder gerade?) bei höheren politischen Beamten die Autorität eines autoritären Provinzregierungschefs immer noch Loyalitäten, die sonst in der Regel weit von sich gewiesen werden. Alles, was darüber hinaus an moralischen und politischen Erwägungen „zu Kiel“ angestellt wurde und noch wird, mag wichtig und hilfreich sein für die politische Moral, bleibt aber im Fall Barschel zweitrangig, weil es an die persönlichen Verursacher und die sie begünstigenden Strukturen nicht heranreicht. se

Mäßigung

Leitlinien der bayerischen Landeskirche für politische Stellungnahmen

Große Beachtung fanden sie nicht: die „Leitlinien zu politischen Stellungnahmen aus dem kirchlichen Bereich“, die die Kirchenleitung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern im November herausbrachte. Eine Agenturmeldung und einige verstreute Notizen in der Tagespresse, das war's dann schon. Pastöre und Vikare, die in Brokdorf oder Wackersdorf demonstrieren, haben es offenbar leichter, Schlagzeilen zu machen. Aber vermutlich macht gerade dieser Umstand solche Leitlinien besonders notwendig. Vielleicht lag es aber auch daran, daß die Verfasser der Leitlinien – eine Arbeitsgruppe aus Mitgliedern des Landeskirchenrats und des Synodalausschusses – einfach so vernünftig und zugleich so versöhnlich argumentierten,

daß sich Aufregung darüber gar nicht erst entwickeln konnte.

Der *Grundduktus* läßt allerdings trotz aller Verbindlichkeit an Deutlichkeit nicht zu wünschen übrig, sowohl im Grundsätzlichen wie im Praktischen, und besonders deutlich formuliert sind die Leitlinien dort, wo sie in Form einer Handlungsanweisung beides miteinander verbinden. „Die Kirche hat den Auftrag“, so heißt es in dem in den „Nachrichten“ (2. Novemberausgabe 1987) veröffentlichten Text, „allen ihren Mitgliedern und der Welt zu dienen“. Die Möglichkeit, diesen Auftrag zu erfüllen, werde „beeinträchtigt, wenn eigene politische Interessen, Überzeugungen und Ermessensentscheidungen nicht als solche gekennzeichnet, sondern als Botschaft der Kirche ausgegeben werden“.

Pfarrer und kirchliche Mitarbeiter vor allem hätten deshalb *dreierlei* zu bedenken: 1. Wenn sie sich äußern, werden Äußerungen auch in politischen Fragen als „Reden der Kirche“ verstanden. Deswegen soll gründlich überlegt werden, ob, wann und wo ein Anlaß, sich zu äußern, wirklich zwingend ist. 2. Niemand sollte sich einem „überlegten Abstimmungsprozeß“ schon allein deswegen nicht entziehen, damit gegensätzliche Äußerungen, die als amtliche Äußerungen der Kirche aufgefaßt werden, vermeidbar bleiben. 3. Bei allen Stellungnahmen im kirchlichen Bereich ist Rücksicht zu nehmen auf Andersdenkende.

Die Grundperspektive ist also trotz aller Zurückhaltung im Ton klar. Wesentlich direkter äußerte sich freilich Landesbischof *Johannes Hanselmann* in einem Brief vom Juli 1986, aus dem die Leitlinien als Anmerkung eine längere Passage zitieren. Der Landesbischof forderte darin die Pfarrer (als „Gemeinschaft der Ordinierten“) u. a. auf, sich bei Unterschriftenaktionen zurückzuhalten und im Falle der Unterschrift die kirchliche Amtsbezeichnung – mit der politische Gruppierungen jeglicher Couleur so gerne hausieren gehen – doch bitte wegzulassen. Auch darüber dürfte man sich wie über die Leitlinien selbst in allen

evangelischen Landeskirchen einigen können – in den katholischen Ortskirchen ohnehin. In der Sache weiterhelfen werden allerdings nicht Verhaltensanweisungen allein. Man wird gerade im evangelischen Raum (aber nicht nur dort) auch die psychologische Situation mancher Pfarrer angesichts geschrumpfter Gemeinden zu bedenken haben. Wo der Pfarrer in den Gemeinden mit wenigen allein ist, liegt die Versuchung nahe, nicht unbedingt mit politischen Mitteln auf sich und die Kirche aufmerksam zu machen, aber durch Anschluß an öffentlichkeitsnähere Gruppen Profil und „leadership“ zu gewinnen. *se*

Warnsignal

Die Vorgänge um die Ostberliner Zionsgemeinde

Die Vorgänge um die in Räumen der Ostberliner Zionsgemeinde untergebrachte „Umweltbibliothek“ haben in der Bundesrepublik hohe Wellen geschlagen: In der Nacht vom 24. zum 25. November durchsuchten Mitarbeiter von Staatsanwaltschaft und Staatssicherheitsdienst der DDR die seit über einem Jahr bestehende „Umweltbibliothek“, beschlagnahmten Vervielfältigungsgeräte und Informationsmaterial und nahmen mehrere Personen fest. Zu weiteren Festnahmen kam es im Zusammenhang mit einer Mahnwache, die nach der Aktion an der Zionskirche abgehalten wurde. Auch in anderen Städten der DDR gingen die Behörden gegen Mitglieder von Umwelt- und Menschenrechtsgruppen vor, gab es Hausdurchsuchungen und vorübergehende Festnahmen.

Zwei Wochen nach der Nacht- und Nebel-Aktion in der Zionsgemeinde hatte sich die Lage wieder deutlich *entspannt*. Nach tagelangen Verhandlungen zwischen staatlichen und kirchlichen Stellen teilte der Rostocker Rechtsanwalt *Wolfgang Schnur* am 4. Dezember bei einem Gottesdienst in der Zionskirche mit, die staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahren gegen vier Mitarbeiter der Umweltbi-

bliothek würden eingestellt. Gegen sie war der Vorwurf eines „Zusammenschlusses zur Verfolgung gesetzwidriger Ziele“ nach Paragraph 218 des DDR-Strafgesetzbuchs erhoben worden.

In den letzten Monaten hatte es in den Beziehungen zwischen dem Staat und der evangelischen Kirche in der DDR einige *positive Signale* gegeben: Die Berlin-brandenburgische Kirche konnte in Ostberlin einen Kirchentag durchführen (vgl. HK, August 1987, 357–359), beim offiziellen „Olof-Palme-Friedensmarsch“ beteiligten sich kirchliche Gruppen mit eigenständigen Beiträgen und mit für Staat und Partei unbequemen Parolen. Bald nach der Kirchenbundsynode in Görlitz (vgl. HK, November 1987, 515 f.), auf der sehr deutlich für die Überwindung von Abgrenzungen und für eine größere Öffnung der DDR plädiert wurde, sagte dann aber die DDR-Regierung die zugesagten *Gespräche über Wehrdienst- und Bildungsprobleme* wieder ab. Die Konferenz der Kirchenleitungen wertete diese Absage als Widerspruch zu der in den letzten Jahren praktizierten Kirchenpolitik.

Eine grundlegende Änderung der Politik der DDR gegenüber der evangelischen Kirche signalisiert wohl weder die Absage der Sachgespräche noch das so überzogene wie unkluge Vorgehen gegen die Berliner Umweltbibliothek. Beide Vorgänge zeigen aber, daß sich Staats- und Parteiapparat derzeit in einer *nicht sehr bequemen Lage* befinden, die gerade das Verhältnis zu den Kirchen berühren muß, den einzigen nicht ideologisch bevormundeten und fest ins System eingebauten Großorganisationen: Die Hoffnungen und Erwartungen, die auf der einen Seite im Zusammenhang mit dem Besuch *Erich Honeckers* in der Bundesrepublik und auf der anderen Seite durch „Glasnost“ und „Perestroika“ in der Sowjetunion in der DDR geweckt wurden und werden, artikulieren sich besonders deutlich in der Kirche bzw. in unabhängigen Gruppen, die z. T. unter dem Dach der Kirche arbeiten, weil sie dort einen sonst nicht möglichen Freiraum finden. Solche Umwelt-, Frie-